

Lehrervertreter gegen Abschaffung der Sonderschule

Ein Aus für Sonderschulen ohne adäquate Ressourcen für die dann „inklusive“ Schulen würde die Kinder und ihre Lehrerinnen und Lehrer überfordern, warnt die Lehrgewerkschaft. Schon jetzt fehlten rund 3000 Sonderpädagogen.

Lisa Nimmervoll

Wien – Geht es nach Bildungsministerin Sonja Hammerschmid (SPÖ), dann soll es „mittelfristig“ keine Sonderschulen mehr geben. Im Jahr 2020 solle diese Schulform die „Ausnahme“ sein und die derzeit dort lernenden Kinder in „inklusive Mittelschulen“ nach einem eigenen Lehrplan unterrichtet werden, sagte die Ministerin zu Jahresbeginn. In anderen Ländern, etwa in Südtirol, gibt es gar keine Sonderschulen mehr.

Diese Vorstellung sorgt jedoch für einige Aufregung, sagt der Vorsitzende der Pflichtschullehrergewerkschaft, Paul Kimberger, im STANDARD-Gespräch: „Es gibt eine breite Front gegen die Abschaffung der Sonderschulen – nicht nur in der Lehrerschaft, sondern auch bei vielen Eltern.“

An der Schulrealität vorbei

Dabei, betont der Lehrervertreter, gehe es nicht um ein grundsätzliches Nein zu inklusiver Beschulung, aber: „Wer Inklusion fordert, sollte die Realität in den Schulen kennen und von dieser ausgehen, um für Kinder mit besonderen Bedürfnissen etwas zu verbessern.“

Kimberger vermisst einen „klaren gesellschaftlichen Konsens, um Inklusion zu einer langfristig machbaren und motivierenden pädagogischen Perspektive zu entwickeln. Inklusion kann nicht einfach an die Schulen delegiert werden.“ Viele Pädagogen fürchten, dass die Idee inklusiver Bildung für alle Kinder ihnen alleine überantwortet wird, ohne dass die Politik die dafür nötigen Rahmen-



Das, was die Sonderschulen und speziell ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen für Kinder mit besonderen Bedürfnissen leisten, dürfe nicht einfach abgeschafft werden, warnen Lehrervertreter.

bedingungen schafft: „Öffentliche Schulen können nur das leisten, was auch gesellschaftlich mitgetragen wird.“ Laut Kimberger sagen ihm betroffene Eltern, „dass ihre Kinder kein anderes Betreuungsverhältnis als das jetzt in sonderpädagogischen Fördereinrichtungen gebotene verlangen – und ich verstehe diese Angst.“

Er untermauert die Bedenken der Lehrgewerkschaft mit Zahlen, aus denen er ein nur bedingtes Bekenntnis der Regierung zur Inklusion abliest: „Im Finanzausgleich für 2017 bis 2021 bleibt der skurrile Deckel mit 2,7 Prozent für Sonderpädagogik. Tatsächlich haben wir inzwischen einen Bedarf von rund fünf Prozent. Tendenz stark steigend, vor allem durch verhaltensauffällige Kinder, die uns immer größere Probleme machen. Aber dafür gibt es nicht mehr Geld.“ Ohne ausreichende Ressourcen sei inklusive Schule

„
Öffentliche Schulen können nur das leisten, was auch gesellschaftlich mitgetragen wird.“

Paul Kimberger

„
aber nicht machbar. Schon jetzt würden – nimmt man skandinavische Länder als Vergleich – österreichweit rund 2600 bis 3000 Sonderpädagoginnen und -pädagogen fehlen. „Wie soll das Inklusion gelingen, die den Kindern gerecht wird und die Lehrerinnen und Lehrer nicht total überfordert?“

Kimberger empfiehlt der Regierung einen Blick nach Skandina-

vien: „Dort ist Sonderpädagogik über das gesamte pädagogische Leistungsspektrum – inklusive Hochbegabung – institutionalisiert. Das würde ich mir wünschen.“ Ganz ohne „spezialisierte Angebote für besondere Förderung, Therapie und Beratung“ werde es ohnehin nie gehen, ist der oberste Lehrervertreter im Pflichtschulbereich – nur dort findet derzeit „integrierter Unterricht“ statt – überzeugt.

Laut UN-Behindertenrechtskonvention, die Österreich 2008 ratifiziert hat, muss „ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen“ gewährleistet werden.

Aktuell sieht es in Österreich laut Statistik Austria so aus: Im Schuljahr 2015/16 gab es 290 Sonderschulen mit 13.813 Schülerinnen und Schülern (inklusive derer, die nach Sonderschullehrplan in anderen Schulen unterrichtet wurden). Insgesamt lag die Zahl

der Pflichtschul Kinder, denen „sonderpädagogischer Förderbedarf“ (SPF) bescheinigt wurde, bei 30.701, was einen Anteil von 5,4 Prozent SPF-Schülern an der Pflichtschulpopulation ergibt.

Etwas mehr als ein Drittel dieser Kinder (35,8 Prozent) besuchte Sonderschulklassen, 64,2 Prozent wurden „integriert“ unterrichtet, ein Viertel davon in Volksschulen, fast ein Drittel in einer Neuen Mittelschule, 3,8 Prozent in einer Hauptschule, 3,4 Prozent in einer Polytechnische Schule.

Regionale Auffälligkeiten

Dabei zeigen sich einige Auffälligkeiten, sowohl was die Einstufung von Kindern in die SPF-Kategorie (dafür bekommt die Schule mehr Ressourcen) als auch deren konkrete schulische Versorgung anlangt: So werden in Kärnten mehr als vier von fünf SPF-Kindern (82,9 Prozent) in Integrationsklassen in Pflichtschulen unterrichtet, auch die Steiermark integriert 80,7 Prozent dieser Kinder und schickt nur 19,3 Prozent in eine Sonderschule. Während in Tirol (50,3 Prozent), Niederösterreich (51,5) und Wien (55,1 Prozent) nur jedes zweite Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf „integriert“ beschult wird.

Interessant ist auch, dass Niederösterreich mit 93 Sonderschulen mehr als zweieinhalbmal so viele hat wie Wien, das nur knapp 90.000 Einwohner mehr hat, aber mit 36 Sonderschulen auskommt.

Oft kritisiert wird auch, dass überdurchschnittlich viele Kinder mit nichtdeutscher Umgangssprache in Sonderschulen landen. Beträgt ihr Durchschnittsanteil in allen Schultypen 23,8 Prozent, steigt er in den Sonderschulen auf ein Drittel (33,2 Prozent). Auch da gibt es große regionale Unterschiede. Im Burgenland und in Kärnten sind beide Anteile ungefähr gleich, in Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg, Wien und der Steiermark hingegen liegt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in Sonderschulen um zehn und mehr Prozentpunkte über ihrem Anteil an der Gesamtschülerschaft des Landes.

„Immer mehr Kinder mit einem seelischen Problem“

Christoph Hackspiel, neuer Präsident der Liga für Kindergesundheit, klagt über untätige Politik

Peter Mayr

Wien – Stress, Hoffnungslosigkeit, depressive Stimmungen oder Aggressionen – in vielen Familien Österreichs ist das traurige Alltag. In viel zu vielen, sagt die Liga für Kinder- und Jugendgesundheit und warnt vor einem Anstieg: „Es gibt viele Kinder, die ausgesprochen gute Bedingungen haben, so gute, wie vielleicht nie zuvor. Aber dann gibt es die vielen, vielen anderen. Da gibt es eine Schere, die auseinandergeht“, sagt der neue Präsident der Kindergesundheitsliga, Christoph Hackspiel, zum STANDARD.

Rund 300.000 Kinder seien von Armut bedroht, die Hälfte wachse „in schwierigen ökonomischen Bedingungen auf“, legt der Vorarlberger Psychologe und Psychotherapeut Zahlen vor. „Wir haben in Österreich auch immer mehr Kinder mit einem seelischen Problem, die sich nicht anerkannt fühlen, die sich isoliert fühlen und depressiv oder aggressiv reagieren“, warnt er. Mehr als 50 Prozent aller Kinder würden in unterschiedlicher Form Gewalt erleben. „Schlagen steht unter Strafe, ist aber doch ein Stück weit immer noch akzeptiert. Und das zieht sich durch alle Schichten“, sagt Hackspiel.

Der Vorarlberger – im Brotberuf Geschäftsführer des Vorarlberger Kinderdorfs, der größten Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung im Land – sieht ein Versagen der Politik in diesem Bereich: „All den politischen Entscheidungen ist eines gemein: Zuerst werden ambitionierte Ziele gesetzt, aber da die Budgetmittel begrenzt sind, parkt man die Themen dann in langwierigen Arbeitsgruppen. Es wird verschoben und verzögert.“ Viele Maßnahmen seien Ländersache.

Der Haken daran: „Die Standards sind aufgrund des Föderalismus sehr unterschiedlich.“ Als Beispiel nennt er die unterschiedlichen Betreuungsschlüssel bei Wohngemeinschaften von Kindern, die aus verschiedenen Gründen nicht bei ihren Eltern leben können. Die Kinderliga will jetzt eine Österreich-Karte erarbeiten, die zeigt, „wie es um die Versorgung in den einzelnen Bundesländern bestellt ist“. Wobei die Datenlage schwierig ist, da es an Vernetzung fehle, wie die Kinderliga seit mittlerweile Jahren klagt. Empfohlen wird daher auch eine aus Expertinnen und Experten sowie Abgeordneten zusammenge-

setzte „Parlamentarische Kinderkommission“, um den kindergesundheitpolitischen Anliegen mehr Gewicht zu geben. Das umfasse eine bessere Abstimmung aller Ressorts zum Wohl der Kinder.

Gefordert wird auch, dass alle Formen der Therapien über die Krankenkassen finanziert werden, denn: „Solange diese die Kosten nicht übernehmen, muss der Patient privat vorfinanzieren.“

Er bekommt dann aber nur einen kleinen Teil rückerstattet.“ Ärmere Familien können sich das oft nicht leisten. „Und das bei Kindern, wo jeder Entwicklungsmonat entscheidend ist“, ärgert sich der Psychologe: Ob es bei Kindern eine Zwei-Klassen-Medizin gibt? Hackspiel: „Teilweise ist das wohl so.“ Zusätzlich gebe es Strukturen, in denen sich Armut oft über Generationen verfestigen könne: „Bei einem Teil davon muss man sagen: Das ist strukturelle Gewalt.“

Aber was tun? Hackspiel verweist auf das Programm der „Frühen Hilfen“, wo Experten und Expertinnen Familien in der ersten Lebensphase eines Kindes unterstützen. „Oft geht es auch nur um

ganz banale Fragen: Wo bekomme ich Hilfe? Damit die Leute nicht, wenn sie überfordert sind, die Vorhänge zuziehen, sich vor den Fernseher setzen und alles laufen lassen, weil sie einfach nicht mehr weiterwissen.“ Nur die Kinder „in den Fokus zu nehmen“, sei daher falsch: „Wir müssen der gesamten Familie helfen.“ Werde dies verabsäumt, drohen gesundheitliche Schäden bis zu sozial auffälligem Verhalten. „Das wird auch gesellschaftlich relevant und verursacht ein Vielfaches mehr an Folgekosten. Es kann sogar bis hin zur prekären Situation im sozialen Frieden führen“, sagt Hackspiel.

„Willkommensbesuche“

Der Psychologe schlägt generell „Willkommensbesuche“ bei Eltern, die gerade ein Kind bekommen haben, vor: „Einerseits kann so signalisiert werden, dass die Geburt des Kindes geschätzt wird. Andererseits ist es ein Weg zu zeigen, dass jemand zur Verfügung steht. Am besten wäre, dies liefe über kommunale Vernetzungen. Die Schwelle, Beratungseinrichtungen aufzusuchen, ist für sozial Isolierte oft zu groß: Wir müssen mehr ins Feld hinaus. Das gilt sowohl im Einzelfall genauso wie im sozialpolitischen Diskurs.“



Christoph Hackspiel ist Psychologe aus Vorarlberg.

Foto: Hendrich

KURZ GEMELDET

Stroz will Amtszeit für Politiker begrenzen

Wien – Neos-Chef Matthias Stroz ist für eine Begrenzung der Politikeramtszeiten. In der ORF-Pressesunde sagte er nach dem angekündigten Rückzug des niederösterreichischen Langzeitlandeshauptmanns Erwin Pröll (ÖVP), maximal zwei bis drei Perioden sollten zulässig sein, „sonst wachsen Muster struktureller Korruption“. Er sprach sich auch für eine Beschränkung des Zugangs nach Österreich aus. So viele Asylwerber wie zuletzt „verkräften wir nicht“. Die Obergrenze der Regierung sei dabei „nur Schaumschlagerei“. Nötig wären schnelle Verfahren und Schutz nur für die Dauer von Kriegshandlungen. (APA)

Kein ÖVP-Auftrag für Prüfung von „Mag. Kern“

Wien – Die ÖVP hat dem Plagiatsexperten Stefan Weber „keinen Auftrag erteilt, die Diplomarbeit von Herrn Mag. Kern zu überprüfen“. Das teilte Weber in einer Stellungnahme mit. Wer ihn beauftragt hat, die Diplomarbeit von Christian Kern zu prüfen, verriet er nicht. Er habe, wie üblich, eine Verschwiegenheitserklärung unterschrieben. Weber trat der Vermutung von SPÖ-Bundesgeschäftsführer Georg Niedermühlbacher entgegen, die ÖVP könnte dahinter stecken. Die Arbeit war übrigens „sauber“. (APA)